

Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.09.1997
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Leeker, Wilhelm

SPD-Fraktion
Everwien, Herta
Haase, Hans-Dieter
Hoffmann, Inge
Jahnke, Horst
Jerems, Wilhelm
Merkentrup, Friedhelm
Meyer, Lina
Scholl, Eiwin
Woldmer, Richard

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Hellmann, Uwe
Köhler, Nils
Vollprecht, Werner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Strelow, Günter

FDP-Fraktion Grundmandat
Bolinus, Erich

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Leeker eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Sie ist damit festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift 4 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen

Beschluss:

Gegen die Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen werden keine Einwände erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Haushaltssatzung der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999
Vorlage: 13/281

Herr Hemken stellt einen Zweijahreshaushalt vor. Er erklärt, daß den Kommunen freigestellt bleibe, einen Haushalt für ein Jahr oder einen Doppelhaushalt für zwei Jahre mit getrennten Jahren aufzustellen. Ein Doppelhaushalt, beim Land bereits üblich, spare nicht nur Verwaltungs- und Beratungstätigkeit, sondern gebe größere Kontinuität und festige die Haushaltskonsolidierung. Er erinnert daran, daß die Eckdaten des Haushalts durch die Konsolidierungsprogramme festgelegt seien.

Herr Hemken zeigt anhand von Schaubildern die Entwicklung bei den Defiziten, der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer auf. Es wird verdeutlicht, daß die Zunahme des Gesamtdefizits erst im Jahre 2002 zum Stillstand kommen werde, da voraussichtlich erst zu diesem Zeitpunkt das strukturelle Defizit Null betrage. Erst mit Beginn des Jahres 2003 könne man mit einem langsamen Abbau des Gesamtdefizits rechnen. Bis zum Jahr 2002 werde sich das Gesamtdefizit bis auf 117 Mio DM summieren.

Dabei stellt **Herr Hemken** besonders heraus, daß die Entwicklung der Einkommensteuer eng mit dem strukturellen Defizit bei der Stadt gekoppelt sei. Das Verharren der Einkommensteuer auf einem Stand von 20 Mio DM, statt weiter zu steigen, führe dazu, daß diese Mindereinnahmen, gekoppelt mit dem Rückgang der Gewerbesteuer, die Einsparungen weit übertreffen. Als Grund führt **Herr Hemken** vor Augen, daß eine Umverteilung der Einkommensteuer von den Städten in das nahe Umland zu verzeichnen sei. Die Einkommenstärkeren zögen ins Grüne und würden ihren Einkommensteueranteil dorthin mitnehmen. Zurück blieben die Einkommenschwächeren und Sozialschwachen, die die Städte zusätzlich belasten. Es bilde sich ein Speckgürtel um die Städte, der Symptome einer Gürtelrose annehme. Dieses verdeutlicht **Herr Hemken** anhand einiger größerer Städte von Niedersachsen.

Herr Hemken erklärt die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und deren Auswirkung auf die Stadt Emden. Als positiv stellt er klar, daß mit dem Einstieg in die Umsatzsteuer die Kommunen einen Zugang zu einer verlässlichen Steuerquelle eröffnet werde, zumal die Gewerbekapitalsteuer in den letzten Jahren beständig angeknabbert worden sei. Zudem wurde die Gewerbeertragsteuer erfolgreich verteidigt und grundgesetzlich verankert. Als negativ stellt **Herr Hemken** dar, daß der Ausgleich für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer unzureichend sei.

Herr Hemken stellt dar, wie die verschiedenen Stellen den Anteil der Gewerbekapitalsteuer an der gesamten Gewerbesteuererinnahme sehen: Der BMF mit durchschnittlich 13,5 %, der Deutsche Städtetag mit 15,0 % und die Stadt Emden mit 25,0 %. Als Ersatz sei ein Anteil an der Umsatzsteuer vorgesehen. Während der Vermittlungsausschuß 2,2 % vorsehe, der Städtetag 2,3 % für notwendig halte, läge der für Emden notwendige Anteil bei 3,8 % an der Umsatzsteuer.

Für die Stadt Emden bedeute dies einen Rückgang von ursprünglich 13 Mio DM auf 5 Mio DM. Weiter gebe es Schattenwirkungen, die nicht errechnet werden könnten. Zum Ausgleich für

Härtefälle werde das Land ermächtigt, 20 % des Anteils vorweg abzuzweigen und dann entsprechend den Härteregelungen zu verteilen. Für Emden bedeute dies, daß von den ohnehin nur 5 Mio DM 1 Mio DM wegfielen, von der nicht gewiß sei, daß man sie nach der Härteverteilung auch zurückerhalte. **Herr Hemken** geht weiter auf den Finanzausgleich ein. Dabei macht **Herr Hemken** deutlich, daß die Summe aus Steuern und Finanzausgleich konstant bleiben sollte; in guten Zeiten hohes Steueraufkommen und geringe Zuweisungen und in schlechten Zeiten umgekehrt. Die Zahlen der Vergangenheit zeigten aber ein Auf und Ab der Summen.

Auf der Ausgabenseite nimmt **Herr Hemken** die Entwicklung bei den Sozialhilfeleistungen unter die Lupe. Dargelegt wird, daß die Ausgaben sich auf einem hohen Niveau bei 50 Mio DM Zuschuß verfestigt haben. Die Entwicklung dorthin sei über eine Nettobelastung von 25,9 Mio DM im Jahre 1990 auf 50,5 Mio DM im Jahre 1995 geklettert. Dieser rasante Anstieg habe alle Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre zunichte gemacht, obwohl der Haushalt stetig zurückgefahren wurde. An der hohen Ausgabensumme werde sich auch in der Zukunft nichts ändern, außer man stelle selbst etwas auf die Beine. Ziel müsse es sein, einen großen Kreis der Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsprozeß zurückzuführen. Dazu wäre es nützlich und erforderlich, Arbeitshindernisse wegzunehmen. **Herr Hemken** führt das in einer Stadt erfolgreich durchgeführte Projekt - Kinder von Alleinerziehenden in Tagesstätten unterzubringen - an, wodurch es den Alleinerziehenden ermöglicht worden sei, wieder eine Beschäftigung aufzunehmen.

Ein weiterer großer Ausgabeposten seien die Personalausgaben. Es wird erläutert, daß nettomäßig die Personalausgaben bei rund 60 Mio DM eingefroren sind. Die Ausgaben bei den AB-Maßnahmen seien gut angelegt, da sie dazu dienen, Menschen wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Eine Verringerung der Personalausgaben sei nur dann möglich, wenn eine Aufgabenverringerung stattfände. Hier sei die Aufgabenkritik gefragt.

Anhand eines Schaubildes legt **Herr Hemken** dar, wie die Entwicklung bei den rentierlichen und nicht rentierlichen Schulden verlaufe. Um den Abwanderungstendenzen ins Umland entgegenzuwirken, werde eine Reihe von Infrastrukturmaßnahmen vorgeschlagen. Durch die Bereitstellung von Mitteln würden in den nächsten Jahren in verschiedenen Bebauungsgebieten 830 Wohneinheiten geschaffen. Auch solle sich die Stadt nicht die Chance nehmen lassen, neue Gewerbeflächen bloß zu erschließen, sondern auch selbst zu vermarkten.

Herr Hemken unterstreicht die Notwendigkeit der Erhöhung des Stammkapitals der SWE. Von **Herrn Hemken** werden weitere Investitionsmaßnahmen vorgestellt. Für die Einrichtung eines Bio-Abfuhrsystems werde ein Ansatz von 1,0 Mio DM veranschlagt, 4,2 Mio DM für das Abwasserprogramm, für feuerwehrtechnische Anlagen 1,0 Mio DM, für die Erweiterung der Schule Petkum 350.000 DM, für die Sanierung Pelzerhaus 11 1,0 Mio DM. Bei der Schule Petkum sei eine Aufgabe des Standortes Widdelswehr geplant und bei der Sanierung des Pelzerhauses 11 bemühe man sich um Zuschüsse.

Herr Hemken schließt seine Rede mit einer kurzen Zusammenfassung. Er betone, daß man sich im Augenblick im Keller befinde und man hoffe, am Ende der Finanzplanzeit die Kellerdecke zu durchstoßen. Er appelliere daran, an der derzeitigen Ausgabendisziplin festzuhalten. Er hoffe, daß Bund und Land diese Disziplin nicht unterhöhlten. Dazu gehöre auch, daß die Steuerquellen gefestigt werden und die erhoffte Wirtschaftskraft eintritt.

Herr Hemken unterstreicht nochmals, daß eine Haushaltssanierung nach wie vor das Thema sei.

Herr Merkentrup schlägt vor, die Haushaltssatzung in die Fraktionen zur Beratung zu geben. Er dankt der Verwaltung und dem Kämmerer für die Aufstellung des Haushalts. **Herr Merkentrup** führt aus, daß der Doppelhaushalt die richtige Maßnahme sei, da sie eine Arbeits- und

Kostenentlastung bedeute. Des weiteren führe der Doppelhaushalt auch zu einem zügigen Verfahren bei der Durchführung von Baumaßnahmen.

Herr Merckentrup merkt negativ an, daß die Ausgabenseite sich im schwierigen Fahrwasser bewege. Zudem könnten die Ausgaben für die Sozialhilfe stärker ansteigen als veranschlagt. Eine weitere negative Entwicklung sei durch die Rentenreform zu befürchten. **Herr Merckentrup** wertet es als positiv, daß weiterhin Investitionen getätigt werden. Diese würden dazu führen, daß mehr Menschen in Emden nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen. Als Beispiel führt er an, daß von den monatlichen Lohnzahlungen in Höhe von 3 Mio DM bei VW nur 1 Mio in Emden bleibe.

Herr Bolinius schlägt ebenfalls vor, den Haushalt in die Fraktionen zu geben. Gleichzeitig dankt auch er der Verwaltung und dem Kämmerer für die Aufstellung des Haushalts. Er führt aus, daß die Finanzknappheit bei Land und Kommunen deutlich zu spüren sei. Der Bund und das Land versuchten, sich auf dem Rücken der Kommunen zu sanieren. In bezug auf die Sozialkosten führt er aus, daß er eine Chance sehe, mit Hilfe der Beschäftigungsgesellschaft von einem Teil der Kosten herunterzukommen. Als Beispiel führt er die Stadt Osnabrück an, die es ermöglicht habe, durch Übernahme der Sozialkosten für einige Arbeitnehmer für eine gewisse Zeit diese Arbeitnehmer dauerhaft in einem Betrieb zu beschäftigen. **Herr Bolinius** schlägt vor, die Petkumer Schule nicht zu erweitern, um die Kinder aus Widdelswehr aufzunehmen, sondern beide Gebäude zu veräußern und mit dem Erlös den Bau einer zentralen Schule zu finanzieren.

Kritisch äußert sich **Herr Bolinius** zum Thema Bioabfall und den Bau der Lagerhalle für 1 Mio DM. Wenn das Projekt Bioabfall zustande komme, müsse dieses ohne Geruchsbelästigungen geschehen. Er erinnere nur an eine Besichtigung einer ähnlichen Anlage und die dabei zu bemerkenden Geruchsbelästigungen. **Herr Bolinius** sei gegen die Einführung des Bioabfuhrsystems.

Herr Bolinius begrüße die Schaffung von neuen Gewerbeflächen und Wohnraums. Zur Erhöhung des Stammkapitals der SWE hätte er gern nähere Informationen. **Herr Bolinius** hätte gerne gewußt, in welchem Rahmen sich der Zuschuß zum geplanten Parkhaus bewege.

Herr Bolinius sei grundsätzlich gegen einen Doppelhaushalt, da nach der Wahl des Oberbürgermeisters im März dieser möglicherweise andere Prioritäten habe als derzeit im Haushalt vorgesehen.

Herr Hegewald findet die vorgelegten Zahlen erschreckend. Sie zeigten, daß der Handlungsspielraum des Rates deutlich enger wird. Es wird von **Herrn Hegewald** ausgeführt, daß wir auf Kosten der kommenden Generation(en) leben. Er weise darauf hin, daß auch weiterhin an die bestehende Ausgabendisziplin festgehalten werden müsse. **Herr Hegewald** äußert sich dahingehend, daß auch weiter am Haushaltskonsolidierungsprogramm festzuhalten sei und darüber hinaus auch nach Möglichkeiten zu suchen sei, dieses zu ergänzen und zu erweitern. **Herr Hegewald** richtet an Herrn Hemken die Frage, ob eine Gefahr bestünde, daß nach dem Ankauf von Grundstücken die Stadt darauf sitzenbleibe.

Herr Hemken sieht zwei Fragen an ihn gerichtet. Zum einen sei ein Parkhaus nur dann rentierlich zu betreiben, wenn Zuschüsse von Dritten kämen. Um die Entwicklung Einkaufstandort Emden voranzutreiben, sei ein laufender Zuschuß in Höhe von jährlich 300.000 DM nötig. Derzeit befinde man sich in Gesprächen mit verschiedenen Investoren. Zum zweiten sei die Nachfrage nach Wohngelände ungebrochen. Er weise darauf hin, daß, auch wenn diese nachlassen sollte, ein Ankauf von Flächen zweckmäßig sei. Gerade dann, wenn der Bedarf nicht so groß sei, könnten Grundstücke preiswert erworben werden. Im Augenblick seien die Erwerbskosten noch relativ gering.

Herr Merckentrop betont, daß die Beschäftigungsgesellschaft als ein Instrument für eine konkrete Hilfestellung an Menschen gedacht sei. Es sei vorrangiges Ziel, Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen. Alle Modelle hätten dieses gemeinsam. Alle säßen in einem Boot und dieses Ziel sollte mit der Bundesanstalt für Arbeit erreicht werden. Er sei für den Doppelhaushalt.

Herr Haase bemerkt, daß der Haushalt sich auf schwankendem Boden befinde. Es seien einige Risiken, die bedacht werden müßten:

1. Die Steuerreformpläne bezüglich der Einkommensteuer, diese bedeuten für Emden ein zusätzliches Minus von 3 bis 4 Mio DM.
2. Die Frage, wie sich die Zinssätze künftig entwickeln werden. Bei einem Berg von 100 Mio DM bewegen sich die Zinsen in Millionenhöhe. Die Investitionsentwicklung von 50 Mio DM auf 20 Mio DM bedeute nur eine Substanzerhaltung.

Herr Strelow will den Haushalt ebenfalls in der Fraktion beraten lassen. Er lehne das Parkhaus ab.

Herr Bolinius führt an, daß sich die Finanznot im Gegensatz zu anderen Ländern in Niedersachsen verschärft habe.

Die Vorlage wird zur Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 5 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden bis 2001
Vorlage: 13/282

Die Vorlage wird zur Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Haushaltspläne der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999
Vorlage: 13/283

Herr Hemken stellt den ausgeglichenen Haushalt der ZVK vor.

Die Vorlage wird zur Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 7 Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 1998
Vorlage: 13/284

Herr Hemken führt aus, daß keine Erhöhung vorgeschlagen werde.

Die Vorlage wird zur Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 8 I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997
Vorlage: 13/285

Herr Hemken weist darauf hin, daß die Erhöhung der Kreditermächtigung nicht zu zusätzlichen Krediten führe, sondern aus formellen Gründen müsse die Kreditaufnahme neu beschlossen werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

a. Änderung der Satzung über Hundesteuer
Vorlage: 13/290

Es wird Kenntnis genommen und einstimmig signalisiert, eine Beschlußvorlage über die Änderung der Satzung über Hundesteuer fertigen zu lassen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

b) **Herr Dr. Hinnendahl** teilt mit, daß eine Wirtschaftsförderung an mittelständische Unternehmen in Höhe von 5,3 Mio DM aus GA-Mitteln von 1995 bis 1997 vorgenommen wurde. Er befürchte eine Reduzierung der Regionalförderung von Seiten des Bundes und der Länder von ca. 40 %.

TOP 10 Anfragen

Herr Bolinius befürwortet auch weiterhin eine Wirtschaftsförderung.

Herr Hegewald weist darauf hin, daß das Land wegen der GA-Mittel weniger zahlen werde. Er würde gern wissen, wie sich die Umstellung auf den EURO in der Verwaltung auswirken werde.

Herr Dr. Hinnendahl befürchtet, daß sich das Land bei den GA-Mitteln abseilen werde. Zum EURO führt **Herr Dr. Hinnendahl** aus, daß ein genügend großer Zeitvorlauf, bis zum Jahre 2002, vorhanden sei. Beim Deutschen Städtetag sei beschlossen worden, daß die Stadt Bonn die Vorreiterrolle übernehme und die dort gewonnenen Erkenntnisse weitergereicht würden. Eine schon jetzt bei der Stadt Emden bestehende Arbeitsgruppe werde diese Erkenntnisse aufnehmen.

Herr Bolinius habe auf eine Anfrage eine Antwort aus Bonn erhalten, es werde 1999 auf den EURO umgestellt.

Herr Woldmer stellt an Herrn Stadtbaurat Röttgers die Frage, wieso im Ratsdelft Tropenhölzer verwendet werden.

Herr Röttgers führt aus, daß Tropenholz nur für die Teile verwendet werden, die ständig von Wasser umgeben sind. Weiter verdeutlicht er, daß eine Untersuchung zur Lage des Tropenwaldes gezeigt habe, daß der Abbau von Tropenholz auch bei einem Boykott nicht zurückgehe, sondern dann mehr gebrandrodet werde. Selbst das Bundesministerium mache Werbung für

Tropenholz und ein Erlaß zum Nichtbenutzen von Tropenhölzern sei kürzlich aufgehoben worden. Des weiteren sei der ursprünglich aus Mecklenburg-Vorpommern eingeschleppte Bohrwurm weiter vorangekommen. Normales Holz sei gegen diesen Wurm im Gegensatz zum Tropenhartholz nicht resistent. Mit der Baufirma sei vereinbart worden, daß sie einen Nachweis erbringt, daß das benutzte Tropenholz aus Sekundärwäldern stamme. Für eine Verwendung von Tropenhölzern spreche zudem noch, daß diese lange halten und geringe Folgekosten bei der Unterhaltung verursachen.

Herr Strelow bemerkt dazu, daß sich die Verwaltung nicht an einen Beschluß von 1989 halte. Die Verwaltung hätte sich bei den Fraktionen informieren können, und Herr Renken werde in der nächsten Sitzung dazu etwas sagen.

Herr Hemken verdeutlicht, daß der Doppelhaushalt vom EURO nicht gestört werde. Ab 1999 seien unbare Zahlungen in EURO möglich. Diese würden aber von den Kreditinstituten umgerechnet und in DM der Stadtkasse gutgeschrieben.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.50 Uhr. Von den Zuhörern werden keine Anfragen gestellt. Eine nichtöffentliche Sitzung fand nicht statt.